
Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 7
Datum 20. September 2017

49 53.1211. Ferienbetreuung

Schulferienbetreuung, Verzicht auf definitive Einführung; Beschluss

GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL): Die transparente Wiedergabe der Ergebnisse wird sehr geschätzt. Die Kommission bedauert, dass auf die definitive Einführung der Schulferienbetreuung verzichtet werden muss, erachtet den Entscheid jedoch als nachvollziehbar und richtig. Die Gemeinde hat ihre Aufgabe für die Erfüllung der Volksmotion ernst genommen und sich für das Anliegen eingesetzt.

Gemeinderätin Sabine Huber (FDP): Das Ergebnis der dreijährigen Projektphase Ferienbetreuung plus einem zusätzlichen halben Jahr mit garantierter Durchführung ist ernüchternd und absolut enttäuschend. Es ist aber eigentlich auch frustrierend; wir haben ein angemeldetes Bedürfnis ernst genommen, ein Angebot auf die Beine gestellt, und mussten dann feststellen, dass sich der Bedarf offenbar verflüchtigt hat. Immerhin hatten 165 Eltern Bedarf angemeldet; tatsächlich konnte dann ausser an insgesamt zwei Tagen nie die im Konzept vorgegebene Anzahl von sechs Kindern erreicht werden.

Niemand wird bestreiten dass sich die Gesellschaft verändert, die Ansichten und Ansprüche ebenso. Arbeit und Familie müssten besser miteinander vereinbar sein und deshalb wäre eine teilweise Betreuung während den Schulferien ein berechtigtes Anliegen. Diesem haben Gemeinderat und Parlament Rechnung getragen und die Volksmotion angenommen. Obwohl man sich intensiv darum bemüht hat, genügend Nachfrage zu gewinnen, war man sich im Klaren darüber, dass solche Projekte eine gewisse Anlaufzeit benötigen. Doch das Angebot stiess bis zuletzt auf äusserst bescheidene Resonanz. Daran hat auch die garantierte Durchführung nichts geändert.

Die Umfrage und Auswertung bei nur noch 15 % der angeschriebenen Familien nach drei Jahren ergab klar ein fehlendes Bedürfnis nach einer Ferienbetreuung. Bei den Tarifen befindet sich Zollikofen, abgesehen von Bern und Biel, im Vergleich mit anderen Gemeinden in einem durchaus vertretbaren Rahmen. Auch die Öffnungszeiten weichen nicht wesentlich voneinander ab.

Der betriebene Aufwand für letztlich fünf das Angebot nutzende Familien ist unverhältnismässig. Wenn schon nur 10% der 165 ursprünglich Bedarf monierenden Eltern ihre Kinder hätten betreuen lassen, wäre die Ferienbetreuung sehr gut gelaufen. Der Wille und die Bereitschaft der Verantwortlichen war jederzeit da, um das als sinnvoll erachtete Projekt zum Fliegen zu bringen. Den Versuch kann man zum jetzigen Zeitpunkt getrost als gescheitert betrachten. Wir bitten euch deshalb dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und auf die definitive Einführung zu verzichten.

Samuel Tschumi (SVP): Nachdem der GGR vor fast genau fünf Jahren eine Volksmotion zum Thema Schulferienbetreuung erheblich erklärt hat, wurde eine Umfrage zur Bedürfnisabklärung durchgeführt. Daraus konnte entnommen werden, dass ein Bedürfnis besteht, die Kinder während der Schulferien betreuen zu lassen.

Die Zahl der Anmeldungen blieb jedoch weit unter den Erwartungen und somit konnte die Schulferienbetreuung in den Jahren 2014, 2015 und 2016 nur während vier Tagen durchgeführt werden. Nur an diesen Tagen wurde die Mindestanzahl von sechs angemeldeten Kindern erreicht.

Im Herbst 2016 hat der Gemeinderat entschieden, und für diesen Entscheid sprechen wir ihm unser Lob aus, in den Frühlings- und Sommerferien 2017 das Angebot noch einmal auszusprechen, jedoch mit Durchführungsgarantie. Das Angebot wurde weiterhin nur wenig benutzt.

Wir schliessen uns der Meinung des Gemeinderats an und stimmen dem Antrag zu, die Schulferienbetreuung nicht definitiv einzuführen. Trotz des anfänglich erwarteten grossen Bedürfnisses wurde das Angebot nicht genügend stark genutzt. Die Begründungen, weshalb das Angebot nicht genutzt wurde, sind sehr unterschiedlich. Wenn man die Umfragen genau betrachtet, sind im Jahr 2015 folgende Punkte am häufigsten angekreuzt worden:

- Die Eltern haben keinen Bedarf
- Die Betreuung wurde über Bekannte und Verwandte organisiert

Somit sehen wir, dass es möglich ist, die Betreuung während der Schulferien auch ohne Angebot der Gemeinde zu organisieren.

Die am dritthäufigsten gewählte Begründung war, dass das Angebot zu teuer sei. Dem halten wir entgegen, dass das Angebot einkommensabhängig verrechnet wurde mittels vier verschiedener Stufen. Dass wir mit den Städten Bern und Biel nicht mithalten können, liegt auf der Hand und kann mit Blick auf die finanzielle Situation der Gemeinde auch nicht beantwortet werden. Die SVP Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen und bittet Sie, ebenfalls zuzustimmen.

Marceline Stettler (GFL): Vorab: "Zustimmung mit Bedauern" habe ich hier notiert. Auch die GFL ist ernüchtert, ja, ich könnte mich der Aussage von Sabine Huber anschliessen, wir sind frustriert. Eine Chance, die nicht gepackt werden konnte. Die wichtigsten Gründe hat mein Vorredner erwähnt. Vermutlich sind auch die anfänglich eher spät verschickten Anmeldeformulare und die zu spät zugesicherte Durchführungsgarantie mitschuldig. Wir anerkennen und danken aber herzlich für die gründliche und detaillierte Auswertung.

Für die GFL ist es jedoch kein Verzicht auf ewige Zeiten, da das Bedürfnis wieder wachsen könnte. Zudem prüft der Kanton eine Mitfinanzierung im Rahmen der Revision des Volksschulgesetzes. Gut möglich, dass wir früher oder später dieses Thema hier nochmals besprechen.

Bis dahin wünschen wir uns von Seiten der Verantwortlichen Kontakte mit Nachbargemeinden, damit Eltern aus Zollikofen mit Betreuungsbedarf die dortigen Angebote nutzen können.

Patricia Zangger (SP): Auch die SP dankt für das zusätzliche halbe Jahr, das durchgeführt wurde. Wenn von Anfang an eine Durchführungsgarantie bestanden hätte, würden die Zahlen wohl ein wenig besser aussehen. Wir sehen aber ganz klar mit dem Ergebnis der Auswertung, dass es im Moment nicht genug Anmeldungen hat, um das Angebot weiter durchzuführen. Wir werden zustimmen, behalten uns aber vor, zu einem späteren Zeitpunkt, falls wieder ein Bedürfnis entsteht, einen weiteren Anlauf zu nehmen.

19.45 Uhr: Roland Guggisberg erscheint. Es sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

Beschluss (mehrheitlich)

1. Auf die definitive Einführung einer Schulferienbetreuung wird verzichtet.
2. Die Volksmotion "Zusätzliche Betreuungsangebote für Primarstufenkinder während den Schulferien" vom 5. Juli 2012 wird als erledigt abgeschrieben.

Für getreuen Protokollauszug

ZENTRALE DIENSTE